

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zusätzlich Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Abonnenten, Postträger und Geschäftsstellen erhalten nach Möglichkeit kostenlose Exemplare. Im Falle besonderer Umstände ist ein Abzug vom Bezugspreis. — Rücksendung eingekauftes Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



Verlagspreis: die 8 gezeichnete Raumgröße 20 Pf., die 4 gezeichnete Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 174 — 91. Jahrgang

Telegr.-Abt.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, den 27. Juli 1932

Der „Konfultativpakt“.

Soweit das deutsche Volk derzeit, im schärfsten Wahlkampf, überhaupt noch Sinn und Aufmerksamkeit für außenpolitische Vorkommnisse besitzt, wird es mit größter Fassung die Kunde hinnehmen, daß sich die Reichsregierung nach Anfragen in London und Paris „bereit erklärte, sich an einem offenen Meinungsaustausch über die in der englisch-französischen Erklärung vom 13. Juli erwähnten europäischen Fragen zu beteiligen“. Diese „Erklärung“ ist der „Konfultativpakt“, der zwischen MacDonald und Herriot unmittelbar nach Lausanne vereinbart wurde und ein bischen überraschend ans Licht der Welt gekommen ist, gleichzeitig mit dem bekannten „Gentlemen-Agreement“ zwischen unseren wichtigsten vier Gläubigermächten, das ein so seltsames, aber großes Licht auf die beabsichtigte Weiterbehandlung der Lausanner Beschlüsse geworfen hat. Im Artikel 1 des von Herriot als „neue Entente cordiale“ lärmend gefeierten „Konfultativpakts“ vom 13. Juli heißt es vieldeutig, die beiderseitigen Regierungen wollten „sich gegenseitig mit völliger Freimut ihre Gedanken austauschen und sich gegenseitig unterrichten über alle ihnen zur Kenntnis kommenden Fragen, die einen ähnlichen Ursprung hätten wie die soeben in Lausanne geregelt, die auf das europäische Regime Einfluß hätten“.

Nun soll ein gewöhnlicher Sterbliche es wagen, in die sogenannten Geheimnisse der diplomatischen Kunst Sprache eindringen zu wollen, von der übrigens nur eine kleine Ader abstricheln kann, sie sei „dazu da, um die Gedanken zu verbergen“. Besagter Sterblicher zuckt hier höchstens die Achseln und äußert: „Wo ein neues „Friedens-“ und „Vertrauens“-Bündnis mehr in dem von Unfrieden und Mißtrauen zerpflückten, dafür aber mit zahlreichen herartigen Bündnissen „gefragten“ Europa! Und wenn man den oben zitierten Artikel des neuen Paktes aus der Diplomatensprache in ein etwas verständlicheres Deutsch überträgt, so würde sich ergeben: die beiden Regierungen wollen sich gegenseitig über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen bereden und — natürlich! — auch verständigen, die direkt oder indirekt aus den — Friedensverträgen des Jahres 1919 entstanden sind oder entstehen. In rascher Folge traten Belgien und Italien diesem Pakt bei, dessen zweiter Artikel — gemeinsames Vorgehen in der Abrüstungsfrage — aber infolge des italienischen „Ausbrechens“ in Genuß nicht mehr so ganz ausgeführt wurde. Mit dem dritten und vierten Artikel, wonach die Weltwirtschaftskonferenz vorbereitet werden soll und man sich gegenseitig handels- und zollpolitisch nicht noch mehr schinden will, als dies bisher geschieht, könnte man deutscherseits zufrieden sein, aber...

Man muß sich nämlich zuerst schnell noch daran erinnern, daß dieser Konfultativpakt — zusammen mit dem „Gentlemen-Agreement“ — in Amerika bis zum Präsidenten hinaus eine überaus scharfe Kritik fand, die vor allem das Wort von der „antiamerikanischen“ Front der europäischen Staaten geradezu hinauswarf; die Schuldner Amerikas wollten sich gegen ihren Gläubiger einigem und ihm unter Druck nehmen! MacDonald hat sofort und eifrig zu beruhigen versucht, und aus der „diplomatischen“ arg verlausulierten Erklärung der deutschen Regierung ist zu entnehmen, daß man in Berlin erst nochmals von London und Paris eine ausdrückliche Dementierung dieser angeblichen „antiamerikanischen“ Frontbildung gewünscht und erhalten hat. Dieser Eindruck ist auch insofern etwas verwischt worden, als inzwischen außer Polen und Südfrankreich auch noch Ungarn dem „Konfultativpakt“ beigetreten sind und Deutschland sich nur „bereit erklärte“, sich an einem offenen Meinungsaustausch über die in dem Konfultativpakt erwähnten europäischen Fragen zu beteiligen. Damit wird nochmals unterstrichen, daß wir uns nicht in eine etwaige „Front“ hineinbegeben, die eine „Auflösung der interalliierten Schuldenfrage“ beabsichtigen könnte. Das wird man wohl auch dem Berliner amerikanischen Botschafter in möglichster Deutlichkeit auseinanderzusetzen.

Der oben erwähnte gewöhnliche Sterbliche wird fragen, was denn eigentlich durch diesen Pakt — anders wird in Europa! Und wird des weiteren nach einem Zweck dieses diplomatisch-staatspolitischen Neugebildes Ausschau halten. In der Zeit der zwar offiziell abgeschafften, trotzdem aber fröhlich weiterbestehenden Geheimdiplomatie gibt es auf solche Fragen keine Antworten. Und so kann man auch nur vermuten, daß hier wieder einmal das französische Verlangen nach „Sicherheit“ der Vater dieses Paktes gewesen ist, durch den irgendwie eine plötzliche und fürmische Attacke auf irgendwelche Punkte der Friedensverträge diplomatisch-politisch verhindert werden und der eine Art Organisationsplan gegen solche Attacken schaffen soll. Dabei reicht es etwas nach Briand's „Vereinigten Staaten Europas“. Nach der „Atmosphäre des Vertrauens“ und ähnlichen, was aber alles noch nicht dazu geführt hat, die politische und wirtschaftliche Verunreinigung Europas irgendwie und irgendwie zu mildern.

■ Fördert die Ortspresse ■

Reichsmarineschulschiff Niobe gekentert

69 Todesopfer? 40 Gerettete.

Diens tag nachmittag 14 Uhr ist das Marineschulschiff „Niobe“ in einer Gewitterböe bei Fehmarn-Feuerschiff gekentert. Die Boote des Feuerschiffes haben sich sofort an die Unfallstelle begeben. Auch der Dampfer „Therese Ruf“ meldet seine Ankunft an der Unfallstelle, er hat bereits vierzig Gerettete an Bord. Weitere Rettungsaktionen sind eingeleitet. Weiter ist ein Flieger gestartet, um die Unfallstelle abzusuchen. Vier Boote der S-Halbflotte sind gleichfalls zur Unfallstelle unterwegs.

Die Besatzung der „Niobe“ beträgt genau 105 Köpfe, darunter 50 Kadetten. Der Kommandant ist Korvettenkapitän R u h s u s.

Kreuzer „Köln“ am Unfallort.

Zur Hilfeleistung für das gekenterte Segelschulschiff „Niobe“ sind die Kreuzer „Königsberg“ und „Köln“ sofort zur Unfallstelle entsandt worden. Auf dem Kreuzer „Königsberg“ befindet sich der Inspektor des Bildungswesens, Konteradmiral Kolbe.

Der Kreuzer „Köln“ ist bereits vor der „Königsberg“ am Unfallort der „Niobe“ eingetroffen. Der deutsche Dampfer „Therese Ruf“ traf mit den 40 Geretteten gegen 22 Uhr in Kiel ein. Die Unfallstelle liegt eine Seemeile östlich vom Fehmarn-Feuerschiff.

Den Vorgang des Unglücks kann man sich in Marinekreisen kaum erklären. Es besteht nur die eine Möglichkeit, daß eine plötzliche vom Lande her antrollende Gewitterböe die „Niobe“ erfaßt und niedergebückt hat, ehe es gelungen war, die vollausgebrachte Leinwand zu bergen. Nur so ist das Unglück des Schulschiffes denkbar.

Das Schulschiff „Niobe“

ist eine 650 Tonnen große dreimastige Schonerbarke mit Motor, die 1899 auf der Werft in Bremen gebaut wurde und nach gründlichem Umbau in den Jahren 1922 und 1923 von der Reichsmarine als Schulschiff für See Kadetten und seemannische Unteroffizierschüler in Dienst gestellt wurde. Es ist 46 Meter lang, 9,2 Meter breit und hat 4,8 Meter Tiefgang.



69 Vermisste.

Die Geretteten von der „Niobe“ sind von dem Dampfer „Therese Ruf“ an den Kreuzer „Köln“ abgegeben worden. Einige der Verunglückten befinden sich auf einem S-Boot auf der Fahrt nach Kiel. Es sind 19 Kadetten gerettet. Der Kreuzer „Köln“ meldet 69 Vermisste. Ein schwacher Hoffmannschimmer besteht noch in einem Ge-

richt, das auf Fehmarn umläuft, wonach bänische Fischerboote einige der Verunglückten gerettet und in Rödby auf Volland gelandet haben sollen. Da aber nur ein Fischerboot im Hafen von Rödby aufgebracht werden konnte, ist wenig Hoffnung vorhanden, daß sich das Gerücht bestätigt. Nach Fliegermeldungen zeigt das Boot nur einen Offizier. Es ragt auch kein Mast aus dem Wasser.

Es muß leider damit gerechnet werden, daß die Vermissten größtenteils sich im Augenblick des Unglücks im Schiffsinnenraum befanden und ertrunken sind.

Die Räumschiffe sind inzwischen ebenfalls an der Unfallstelle einetroffen. Unter den Geretteten befinden sich unter anderem Oberbootsmannmaat Kühn, Obermatrosengefreiter Gustav Jakob aus Steinach i. Th., Obermatrosengefreiter Lorenz Ewardowski aus Klein-Rottorf i. Schl., Matrosengefreiter Hermann Kofz aus Dulsburg, Oberbootsmann Simon Fischer aus Kiel-Elberbeck, Oberbootsmann Wähler und der Matrosenoffiziersanwärter Löwenstein sind nicht an Bord gewesen, sondern liegen krank im Marinelazarett Kiel.

Morgen früh werden auf einer Flaggenparade die Marineflaggen halbmast gesetzt.

Die bisher Geretteten.

Unter den bisher Geretteten des Segelschulschiffes befinden sich folgende Kadetten: Mittelstett, Glimper, Lohse, Frahm, Jurs, Hoffmann, Giradone, Jürgen, von Reuber, Korth, Schannenberg, Wielma, Radenat, Gabel, Vogel, Moh, Eitelbrück, Schrott. Unter den Geretteten befinden sich ferner 17 Mannschaften, deren Namen noch festgestellt werden. Gerettet sind auch Kapitänleutnant R u h s u s und Oberleutnant Lott.

Der Bericht der Offestation Kiel.

Kiel, 26. Juli. Die Offestation Kiel teilt mit: Segelschiff „Niobe“ passierte um 14 Uhr am 26. Juli Fehmarn-Velt-Feuerschiff mit südlichem Kurs in einem Abstand von einer halben Seemeile, Windstärke 23. Da im Süden über Fehmarn Gewitterwolken hochzogen, ließ der Kommandant die Oberlegel mit einer Wache bergen, während die andere Wache unter Deck unterrichtet machte. Nach dem Bergen der Oberlegel setzte plötzlich um etwa 14.25 Uhr eine an Stärke mehr und mehr zunehmende Böe ein, in der sich das Schiff hart über und in der kürzesten Zeit ganz auf die Seite legte und in wenigen Minuten sank. Bei dem plötzlich so stark überliegenden Schiffe war es für die unter Deck befindlichen Teile der Besatzung nicht mehr möglich, an Deck zu kommen. Sie mußten mit dem Schiff in die Tiefe gegangen sein. Die Unfallstelle liegt eine Seemeile östlich vom Feuerschiff Fehmarn-Velt. Der Unfall wurde von dem Feuerschiff und von dem gerade passierenden deutschen Dampfer „Therese Ruf“—Hamburg beobachtet. Von beiden Stellen wurde in vorbildlicher Weise das Rettungswort durchgeführt.

Kreuzer „Köln“ und Minensuchboote bewachen und beobachten die Unfallstelle und die umliegenden Gewässer.

Belleidstelegramm des Chefs der Marineleitung.

Der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. H. C. Raeder, hat folgendes Telegramm an den Inspektor des Bildungswesens der Marine gerichtet:

„In kameradschaftlichem Gedanken bin ich in diesen traurigen Stunden bei Ihnen und der braven „Niobe“-Besatzung. Ich trauere mit Ihnen und den Angehörigen der Verunglückten um die vielen jungen Kameraden, die die unerbittliche See uns entzogen hat. Ich bin aber auch gewiß, daß dieser schwere Schlag die Reichsmarine zu weiterer treuester Vlickterfüllung anspornen und uns allen erneut unser Gelübnis ins Herz einmeißeln wird, daß da heißt: Fürs Vaterland vorwärts und aufwärts!“

Maßnahmen für Deutschlands Sicherheit

Von Schleicher über die Reichswehr.

Reichswehrminister General von Schleicher sprach zum erstenmal im Rundfunk. Es war zugleich die erste Rede, die der General seit der Übernahme des Reichswehrministeriums an die Öffentlichkeit richtete. Er begann seine Ausführungen mit folgenden Bemerkungen, die, wie er sagte, „einem Teil der Hörer eine gewisse Enttäuschung bereiten“: Ich bin

kein Freund des militärischen Ausnahmezustandes und ich bin erst recht kein Freund von Militärdiktatur, und das nicht etwa obwohl, sondern weil ich Minister für die

Wehrmacht bin. Zwei Dinge sind dem Soldaten besonders unsympathisch: als Polizist verwendet und in die Politik hineingezogen zu werden. Beides aber läßt sich beim militärischen Ausnahmezustand nicht vermeiden. Deshalb habe ich mich auch dafür eingesetzt, daß der zu einem bestimmten Zweck über Berlin und Brandenburg verhängte Ausnahmezustand so bald als möglich wieder aufgehoben wurde.

Der Minister zitierte dann seine kurze Erklärung an die Armee anlässlich seines Amtsantritts, deren Hinweis auf die Zukunft ihn von einem Teil der Linken übernommen worden sei, da doch in den vergangenen Jahren alles geschehen sei, um das Ziel —

Deutschlands Grenzen zu schützen und die nationale Sicherheit zu gewährleisten —
zu erreichen. Das hat mich ehrlich erstaunt. Es hat mir wieder gezeigt, wie gern und leicht der Deutsche sich Illusionen hingibt, zumal wenn es ihm in seine Parteilichung paßt. Die nackte Tatsache ist doch die, daß kein anderes europäisches Land in so geringem Maße die Sicherheit besitzt, nach der, so paradox es klingt, gerade die stärkste Militärmacht der Welt unaufhörlich ruft. Diese Haltung unseres westlichen Nachbarn hat der Minister Stresemann, dem man doch wirklich keine Voreingenommenheit gegen das Land seines Verhandlungspartners Briand nachsagen kann, seinerzeit mit „Seuchelei“ bezeichnet, und ich glaube, daß es in Deutschland nur wenig Menschen geben wird, die dem nicht zustimmen.

Nur manchmal läßt man auch in Frankreich die Katze aus dem Sack.
Zum Beweis dessen zitierte der Minister die jüngsten Äußerungen des Generalberichterstatters des französischen Staatshaushalts über eine Beschäftigung der neuen französischen Besatzungen, die, wie der Berichterstatter sagte, völlige Sicherheit gäben und denen kein Gegner widerstehen könne. Man vergleiche diesen Bericht mit dem Verhalten und den Anträgen der französischen Abordnung in Genf. Eine treffende Kennzeichnung dieses Verhaltens verbietet mir meine internationale Höflichkeit. Wohl aber fordern derartige Tatsachen immer aufs neue den Vergleich mit der völligen Unsicherheit Deutschlands heraus.

Wie könnte Deutschland Sicherheit bekommen?
Theoretisch auf zwei Wegen: 1. Indem die Mächte bis auf unseren Küstenschutz abrücken, wozu sie rechtlich und moralisch verpflichtet sind. „Wann ist ein Schlachtschiff eine Verteidigungswaffe?“ wurde einmal gefragt. „Wenn es die britische oder amerikanische Flagge führt“, lautete die Antwort eines anderen Sachverständigen. Ich glaube, diese spöttischen Worte sagen mehr als die schönsten diplomatischen Formen, die den katastrophalen Mißerfolg der Abrüstungskonferenz verdecken wollen. Wir können 2. die Sicherheit erreichen, indem wir unsere Wehrmacht so umbauen — nicht ausbauen —, daß sie uns wenigstens ein gewisses Maß von Sicherheit gibt.

Reichswehrminister von Schleicher kam in seiner Rede sodann auf die Stellung der Reichswehr zur Politik zu sprechen. Er habe sich seit Bestehen der Reichswehr stets für die Entpolitisierung der Wehrmacht eingesetzt. Der Minister betonte, daß, solange er an seiner Stelle stehen werde, er es nicht zulassen werde, daß die Wehrmacht ihre überparteilichste Aufgabe. Er werde es auch nicht dulden, daß die Wehrmacht ihre Stellung im Staate mit irgend jemand teilt und daß sich private Organisationen gesellschaftliche Funktionen der Wehrmacht anmaßen würden.

Der Minister begrüßte in diesem Zusammenhang die Ausführungen des Führers der Nationalsozialisten in Verhiesgaben vor seinen SA-Führern, die sich mit seinen Ausführungen über die Stellung der Wehrmacht im Staate deckten.

Minister von Schleicher kam sodann auf die verschiedenen politischen Verbände zu sprechen. Er führte u. a. aus: Ich müßte ein schlechter Wehrminister sein, wenn ich mich nicht über jeden jungen Deutschen, der durch körperliche Übungen, durch Ertragen von Strapazen und vor allem auch durch freiwillige Mitgliedschaft seinen Charakter häßt. Menschen, die dafür kein Verständnis haben, können nicht das Hochgefühl von jungen Burschen, die ihrem Körper etwas Außerordentliches abgewonnen und das erstemal ihren inneren Schweinehund ganz besiegt haben.

Ich weiß natürlich ganz genau, daß in den Verbänden auch mancherlei Dummheiten und Übertreibungen vorgekommen sind und noch vorkommen. Das zu tadeln und Anstoß daran zu nehmen, haben aber diejenigen am wenigsten Berechtigung, die mit dem Vertrag von Versailles und die allgemeine Wehrpflicht genommen haben und uns durch Reparationen und andere wirtschaftliche Diktate die ungeheure Arbeitslosigkeit verschafft haben. Diese hohe Arbeitslosigkeit und das Aufhören der allgemeinen Wehrpflicht hätten wir nicht, wenn wir nicht die Instation der Verbände mit deren völliger Unbrauchbarkeit bei kriegerischen Verwicklungen hätten. Das wird sehr sogar außer in Frankreich von führenden Persönlichkeiten der ehemaligen Feindmächte anerkannt.

Für die Landesverteidigung Deutschlands sei es eine Lebensfrage, daß an der

Diktatur eine mit ihrem Boden verwurzelte Bevölkerung stehe,
die tiefenfest sei und zahlreiche Menschen als selbständige Existenzen auf dem flachen Lande festhalte. Der Minister betonte weiter, daß gerade in der Reichswehr der soziale Gedanke durch die Kameradschaft, die eben ein Ausfluß des sozialen Gedankens und Fühlens sei, gepflegt werde.

Reichswehrminister von Schleicher schloß seine Ausführungen:

Zum Schluß lassen Sie mich noch einmal auf **die Militärdiktatur**

zurückkommen. Zunächst glaube ich, daß sich unter Militärdiktatur jeder etwas anderes vorstellt. Wenn man darunter das versteht, was das Wort besagt, die diktatorische Regierung der Wehrmacht, so halte ich eine solche Regierungsform in Deutschland für völlig ausgeschlossen. Die Wehrmacht wird nie etwas anderes tun, als den Befehlen ihres Oberbefehlshabers zu folgen. Die Mehrheit des deutschen Volkes aber wählte Reichspräsident von Hindenburg zum obersten Befehlshaber. Wenn man unter Militärdiktatur aber eine Regierung versteht, die sich nur auf die Bajonette der Reichswehr stützt, so kann ich dazu nur sagen, daß eine solche Regierung im luftleeren Raum

sich schnell abnutzen und letzten Endes zum Mißerfolg führen muß. Vielleicht in Deutschland mehr noch als in anderen Ländern muß die Regierung von einer breiten Volksströmung getragen sein. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß wir in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen klarer gesehen haben. Wir sind weniger militäristisch gewesen wie sich mancher Politiker vielleicht gewünscht hätte, der sich oft und gern zur Demokratie bekennt, aber sofort zur Diktatur der Bajonette bereit ist, wenn seine persönliche Machtposition und die seiner Partei es notwendig macht. Deshalb, meine verehrten Zuhörer, bin ich

kein Freund der Militärdiktatur.

Aber ich wünsche Deutschland gerade in der jetzigen schweren Zeit eine Regierung, die die großen Soldateneigenschaften, Mut, Entschlußkraft und Verantwortungsfreude hat!

Berlin, 27. Juli. Zu der Rundfunkrede des Reichswehrministers v. Schleicher wird von allen Berliner Blättern in großer Aufmerksamkeit Stellung genommen. Die DZ stellt fest, daß dieses Debüt des Reichswehrministers einen ausgezeichneten Eindruck gemacht habe, besonders bemerkenswert sei die Anknüpfung gewesen, Deutschland werde, um sich die unbedingt notwendige Sicherheit zu verschaffen, zum Umbau seiner Wehrmacht gezwungen sein. Der Börsen-Courier hebt hervor, entscheidend bliebe die Versicherung, daß der Wehrminister nie zulassen werde, daß die Reichswehr eine Parteitruppe werde. Das sei umso beruhigender, als die Rede beweise, daß dieser Mann wisse, was er wolle und wiederum die Kraft in sich fühle, es zu verwirklichen. Die Volk. Ztg. betont, die Stelle am Schluß der Rede, wo von der Ablehnung des Schutzes irgendwelcher Klassen oder Interessenten und die Deduktion überlebter Wirtschaftssysteme oder unbalancierter Besitzverhältnisse gesprochen werde, werde man ernst zu bewerten haben. Die Deutsche Ztg. bezeichnete die Rede als außenpolitisch wie innenpolitisch bedeutungsvoll. Außenpolitisch seien noch niemals aus dem Munde eines Ministers so treffende Hiebe gegen Frankreich und die Abrüstungsbeugelei gefallen. Die Germania, die den Wortlaut der Rede nicht veröffentlicht, spricht von einer enttäuschenden Ministerrede und meint, sie habe an einzelnen Stellen jene überparteiliche Bornehmtheit und Sachlichkeit vermissen lassen, die man bei Ministertreden unbedingt voraussetzen müsse.

Aufhebung des Belagerungszustandes

Durch Verordnung des Reichspräsidenten.
Der vor etwa einer Woche über die Reichshauptstadt und die Provinz Brandenburg verhängte Ausnahmezustand ist mit Wirkung vom 26. Juli wieder aufgehoben worden. Die Verordnung, durch die der militärische Belagerungszustand beendet wurde, hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich: Die Verordnung betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg vom 20. Juli 1932 wird mit Wirkung vom 26. Juli 1932 12 Uhr mittags aufgehoben. Die auf Grund dieser Verordnung durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt ausgesprochenen Verbote verbotlicher Druckschriften werden hierdurch nicht berührt.

König und Berlin, den 26. Juli 1932.
Der Reichspräsident, v. Hindenburg,
Der Reichszkanzler, v. Papen,
Der Reichsminister des Innern, Freiherr v. Seyd,
Der Reichswehrminister, von Schleicher.

Mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes sind alle dem militärischen Befehlshaber des Wehrkreiskommandos III, Generalleutnant v. Rumboldt, übertragenen Vollmachten erloschen. Es fallen die Bestimmungen fort, wonach eine ganze Reihe von Artikeln der Reichsverfassung über die persönliche Meinungsfreiheit, die Freiheit der Wohnung usw. außer Kraft gesetzt werden konnten und wonach auch ein Eingriff in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimis möglich war. Die vollziehende Gewalt liegt wieder in der Hand der Zivilbehörden, also nunmehr auch für Berlin und Brandenburg in der Hand des kommissarischen preussischen Innenministers Dr. Bracht, und für Berlin besonders in der Hand des neuen Berliner Polizeipräsidenten Dr. Meißner. Die Schupolizei untersteht nicht mehr dem Leiter des Wehrkreiskommandos III, sondern dem Polizeipräsidenten. Auch die Bestimmungen über erhebliche Strafen, Zuchthaus, unter gewissen Umständen sogar Todesstrafe für Zuwiderhandlungen und für Vergehen wegen Hochverrats, Brandstiftung, Explosionen, Überschwemmungen, Beschädigungen von Eisenbahnanlagen usw. fallen fort. Die Bildung außerordentlicher Gerichte, die in der Verordnung des Reichspräsidenten über den Ausnahmezustand als möglich vorgesehen war, ist jetzt ausgeschlossen. Die während des Ausnahmezustandes in Schutzhaft genommenen Personen werden freigelassen, soweit die Bearbeitung ihrer Angelegenheit nicht schon an die ordentlichen Gerichte übergegangen ist.

Die wichtigste Aufgabe der Polizei.

Ein Funkspruch Dr. Brachts an die Polizeibehörden.
Der Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, hat an sämtliche Polizeibehörden folgenden Funkspruch erlassen:

- 1. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit vor, während und nach der Reichstagswahl ist in nächster Zeit die wichtigste Aufgabe der Polizei.
 - 2. Die Waffengebrauchbestimmungen für die Polizei reichen völlig aus zum Schutze des einzelnen Beamten wie zur Durchsetzung der Staatsautorität gegenüber tatsächlichen Widerstand.
 - 3. Ein Polizeibeamter, der auf Grund dieser Bestimmungen nicht rechtzeitig und ausreichend von seinen Dienstwaffen Gebrauch macht, verletzt seine Amtspflicht. Dem pflichtgemäß handelnden Polizeibeamten aber werde ich meinen Schutz nicht verweigern.
- Gleichzeitig hat der preussische Innenminister an alle Polizeibehörden folgenden Erlaß über die Handhabung der Bestimmungen über die Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit

gerichtet:
Die einschränkenden Bestimmungen auf dem Gebiete der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit sind erlassen worden, um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und dem vielfach zutage tretenden Mißbrauch politischer Rechte nachdrücklich entgegenzutreten. Sie dürfen aber keine Handhabe dazu bieten, die gesetzmäßige Betätigung der Staatsbürger zu verhindern oder einzuschränken, insbesondere die Wahlfreiheit zu beeinträchtigen. Sie sind unparteilich und gerecht anzuwenden; dazu gehört auch, daß jede kleinliche oder schändliche Handlung unterbleibt. Vorsehen im Einzelfall Zweifel darüber, ob die Voraussetzungen für die Anordnung einer Beschränkung gegeben sind, so ist von der Maßnahme abzuweichen, gegebenenfalls Entscheidung des Regierungspräsidenten einzuholen.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt
gez. Dr. Bracht.

Instandsetzung von Altwohnungen.

Fünf Millionen Zinszuschuß des Reiches.
Reichsarbeitsminister Schäffer hat die näheren Bestimmungen bekanntgegeben über die in der Notverordnung vom 14. Juni d. J. vorgesehenen Zinszuschüsse aus Reichsmitteln für Darlehen, die für die Instandsetzung und Teilung von Altwohnungen entnommen werden.

Hierfür stehen einmalig fünf Millionen Mark zur Verfügung. Der Zuschuß wird Hausbesitzern gegeben, die ein Darlehn von mindestens 1000 Mark zur Ausführung größerer Instandsetzungsarbeiten oder zur Teilung einer Wohnung aufgenommen haben. Im Interesse der Verwaltungsvereinfachung und der Kostenersparnis wird der Zuschuß einmalig gewährt und nach Fertigstellung der Arbeit in einer Summe ausgezahlt.

Da bei einer angenommenen durchschnittlichen Laufdauer der Darlehen von 2½ Jahren eine Verminderung der Darlehenskosten um 4 Prozent jährlich erreicht werden soll, ist der Zinszuschuß auf 10 Prozent des Darlehens festgesetzt worden. Die obersten Landesbehörden haben die Stellen zu bestimmen, die über die Anträge auf Gewährung von Zuschüssen entscheiden.

Der Reichsarbeitsminister hat gleichzeitig die Übernahme von Reichsbürgerschaften zur Förderung von Instandsetzungsarbeiten und Wohnungsteilungen eingeleitet. Die Bürgerschaften können natürlich nur gegenüber einzelnen Epigeninstituten übernommen werden, da es praktisch unmöglich ist, daß das Reich in den zahllosen Einzelfällen unmittelbar für die Hauselgentümer eine Bürgerschaftserklärung abgibt. Die Verhandlungen über den Kreis der Institute, die die Reichsbürgerschaft erhalten, sind noch nicht abgeschlossen. Die Institute werden zur gegebenen Zeit von sich aus die ihnen angebotenen Organisationen verständigen. Es ist zwecklos, wenn sich die einzelnen Hausbesitzer mit Bitten um Bürgerschaftsübernahme an die Reichs- oder Landesbehörden wenden.

Geheimrat Hammer Schmidt gestorben.

Berlin, 26. Juli. Nach glücklichem Abschluß des Frankfurter Sängerkongresses ist der verdienstvolle Vorsitzende des Deutschen Sängerbundes, Geheimrat Hammer Schmidt, an seinem Wohnort infolge eines Schlaganfalls kurz nach Vollendung seines 70. Lebensjahres plötzlich verstorben. Die Einäscherung findet am Donnerstag in München statt.

Starke Erhöhung des Kartoffelzolls in England.

Das englische Schatzamt veröffentlicht eine neue Zollverordnung für Kartoffeln, die in der Nacht zum Donnerstag in Kraft tritt. Der Zoll auf ausländische Kartoffeln war bisher dem allgemeinen Zolltarif von 10 Prozent unterworfen. Er ist nunmehr auf ein Pfund je Tonne festgesetzt. Neue Kartoffeln, die in der Zeit vom 1. November bis 30. Juni eingeführt werden, unterliegen einem Zoll von vier Schilling acht Pence je Zentner.

Der Beratende Zollausschuß teilt mit, daß es sich bei dieser gegen „anormale Einfuhren“ gerichteten Verordnung um einen Vorläufer für eine allgemeine neue Zollverordnung für Gartenbauernzeugnisse handelt. „Daily Telegraph“ schreibt die „anormale Einfuhren“ hauptsächlich „dem deutschen Dumping“ zu. Die englischen Erzeuger seien infolge der weitgehenden Unterbietung ihrer Preise durch deutsche Erzeuger schwer geschädigt worden.

Nationalsozialistische Strafanzeige.

Gegen das heftigste Gesamtministerium.
Von der Gaupressestelle Darmstadt der NSDAP wird u. a. mitgeteilt: Die feinerzeit durch die Veröffentlichung der Bohreimer Dokumente bekanntgewordenen heftigsten Nationalsozialistischen haben gegen das heftigste Gesamtministerium vom Sommer 1931 wegen Begünstigung der hoch- und landesverräterischen Absichten der NSD. Strafantrag erstattet, insbesondere gegen den in erster Linie verantwortlichen Innenminister Deuschner. In der Anzeige heißt es weiter: Der gleiche Verdacht der Begünstigung der kommunistischen Hoch- und Landesverratspläne ruhe auf allen Regierungen des Reiches und der übrigen Länder des Sommers 1931. Gegen deren Mitglieder, soweit sie nicht der nationalsozialistischen Bewegung angehören, die stets vor der bolschewistischen Gefahr warnte, erstatten die Unterzeichneten deshalb ebenfalls Strafanzeige. Die Anzeige ist von Dr. Werner Beck, MdL, Hauptmann a. D. Wilhelm Bassung, MdL, Dr. Richard Wagner, MdL, Kapitänleutnant a. D. von Davidson, Robert Stawinoga gezeichnet.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 27. Juli 1932.
Merkblatt für den 28. Juli.
Sonnenaufgang 4⁵⁸ | Mondaufgang 2⁵⁸
Sonnenuntergang 19³⁴ | Monduntergang 16³⁸
1750: Johann Sebastian Bach gest. — 1842: Dichter Clemens Brentano gest. — 1914: Österreich erklärt Serbien den Krieg.

Sommerliche Hygiene.

Es ist eine richtige Reihenfolge: auf Hitze folgt Abkühlung, und auf die Kühle folgt dann wieder Schwüle und neue Hitze. Und wenn bald wieder Hochsommerglut herrschen wird, wird man sich wieder stöhnend und schwiegend fragen: „Stann ich mir denn gar keine Erleichterung schaffen in dieser afrikanischen Glut?“ Natürlich kann man sich einige Erleichterung schaffen, aber die meisten tun es nicht, um nicht gegen alte Sitten zu verstoßen.

Das gilt in erster Linie für die Männer. Die Frauen leiden sich zwar im Winter verkehrt mit hauchzarten Seidenstrümpfen und dünnen Röcken, sind aber im Sommer mit den gleichen dünnen Röcken und zarten Strümpfen richtig angezogen. Zu bemängeln wäre höchstens, daß sie sich auch bei Juli- und Augusthitzescheu um die Schultern legen. Der Mann aber ist im Sommer unter allen Umständen falsch gekleidet. Es ist darüber schon so viel gesagt und geschrieben worden, daß zu sagen und zu schreiben kaum noch etwas übrigbleibt. Da sind eben alte Sitten im Spiele, die es dem Manne verbieten, auf der Straße ohne Stock und ohne Weste, ohne Stragen und ohne Selbstmörder sich zu zeigen. Man muß

Tagespruch.

Den Glauben an das Glück verlieren, heißt unglücklich sein.

Das Glück hat viele Begleiter, das Unglück kaum einen Gefährten.

Aus dem Wahlkampf.

Abstimmungsvorstände dürfen keine Abzeichen tragen.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Frage, ob Mitglieder des Abstimmungsvorstandes bei der Reichstagswahl während der Ausübung des Dienstes politische Abzeichen oder Uniformen tragen dürfen...

Hochschulprofessoren und Nationalsozialismus.

51 Universitäts- und Hochschulprofessoren veröffentlichten eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Die nationalsozialistische Bewegung stellt den intellektuell schaffenden bürgerlichen Volksteil vor die letzte Entscheidung...

Hugenberg in Oberschlesien.

Auf seiner Propagandafahrt durch Deutschland kam der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg zu Anfang der letzten Wahlwoche nach Oberschlesien...

Vor der in den Versammlungen besonders zahlreich erschienenen Arbeiterschaft behandelte Dr. Hugenberg besonders die Gefahren des Sozialismus. Zunächst wies er in seinen Reden darauf hin...

von sozialistischen Methoden und nur durch die Wiederbelebung der frei-verantwortlichen produktiven Kräfte in Stadt und Land überwinden werden. Sie kann nur aufgesogen werden in einer wieder rentablen Privatwirtschaft in Stadt und Land...

Dingeldey über die DVP.

In einer Versammlung in Duisburg sprach der Führer der Deutschen Volkspartei, Abgeordneter Dingeldey. Zur inneren Politik erklärte er, die Schuld der Nation sei es bisher gewesen, sich dem Staat versagt zu haben...

Severing zum 31. Juli.

Der bisherige preussische Innenminister Severing sprach nach seiner Entfernung aus dem Amte zum ersten Mal in Versammlungen kleinerer Orte des Landkreises Viefelsfeld. Zu den Vorjahren der letzten Woche nahm er nicht Stellung. Die Entscheidung des 31. Juli sei, so meinte er, nur mit der Wahl der Nationalversammlung im Jahre 1919 vergleichbar...

Dr. Dietrich im Rundfunk.

Für die Deutsche Staatspartei sprach der frühere Reichsfinanzminister Dietrich im Rundfunk. Die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen der Lausanner Konferenz sei die Aufrechterhaltung der Ordnung in der deutschen Finanzwirtschaft gewesen. Sowohl Brüning als auch er hätten immer wieder erklärt, daß Deutschland seine weiteren Zahlungen leisten könne...

Kein Uniformverbot am Wahltag.

Gegenüber anderslautenden Gerüchten heißt es, daß die Reichsregierung nicht beabsichtigt, für den Wahltag ein Uniformverbot zu erlassen. Bekanntlich hatte der Überwachungsausschuß des Reichstaates einen Zentrumsm...

antrag angenommen, wonach die Reichsregierung wenigstens für die Dauer von Sonnabend bis zum Wahltag selbst ein Uniformverbot verfügen möge. Die Reichsregierung ist jedoch der Ansicht, daß ein derartiges Verbot eher geeignet sein könnte, die ruhige Abwicklung des Wahlalles zu beeinträchtigen.

Kurze politische Nachrichten.

Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, die Arbeitsgemeinschaft für deutsche Wehrverfärbung und der Deutsche Reichsriegerbund „Kriegerhäuser“ beantworten den Vertagungsbeschuß der Genfer Abrüstungskonferenz mit der Einrichtung eines „Aufklärungsausschusses für nationale Sicherheit“ und geben diese Gründung mit einer besonderen Erklärung bekannt...

Nach den Goldverlusten der letzten Wochen zeigt der Reichsbank-Ausweis für die dritte Juliwoche eine kleine Steigerung des Gold- und Devisenbestandes um rund 300 000 Mark. Die Erleichterung auf den Kapitalanlageläufen hat mit 103,4 Millionen ein normales Ausmaß. Wechsel und Schecks gingen um 60 Millionen, Lombardforderungen um 44 Millionen zurück. Der Notenumlauf ermäßigte sich um 74 Millionen, während auf der anderen Seite 43 Millionen Mark Scheidemünzen in die Bank zurückfloßen...

Der bisherige Landtagsabgeordnete der Wirtschaftspartei, Bischoff, ist zu den Deutschnationalen übergetreten. Bischoff war Schriftführer der Gesamtpartei und zweiter Vorsitzender des Landesverbandes Potsdam I der Wirtschaftspartei.

Gronaus Ozeanflug gelungen.

An der Küste von Labrador gelandet. Der deutsche Ozeanflieger von Gronau ist in Cartwright, einem kleinen Fischerdorf an der Küste von Labrador, gelandet. Der Amerikaflug über Island-Groenland ist dem Flieger gelungen, obwohl sein Flugzeug nach dem Start von Groenland leichtem Nebel durchfliegen mußte.

Von Cartwright nimmt Gronau Kurs auf Montreal in Kanada und von dort nach Chicago. Eine New Yorker Zeitung will wissen, daß Gronau einen Flug um die Welt plane.

Hellmuth Hirth schwer verunglückt.

Der Flieger Hellmuth Hirth ist auf dem Flugplatz Boblingen in Württemberg schwer verunglückt. Bei Arbeiten an einem für einen Europaflug bestimmten Flugzeug sprang plötzlich der Propeller an und zerstückelte dem Flieger beide Arme. Um Haarsbreite wäre sein Kopf getroffen worden. Hirth wurde ins Boblinger Krankenhaus gebracht.

Der Tod des Fliegers Santos Dumont.

In Rio de Janeiro starb im Alter von 59 Jahren der brasilianische Flieger und Luftschiffkonstrukteur Alberto Santos Dumont, einer der ersten Männer, die sich der Fliegerei verschrieben. Großes Aufsehen erregte Santos Dumont, als er am 19. Oktober 1901 in Paris mit seinem leichten Ballon „Santos Dumont Nr. 6“ den Eiffelturm umkreiste und einen 100 000-Franc-Preis gewann.

Anläßlich der Beisetzungsfeier für den berühmten Luftfahrtpionier, die in Sao Paulo stattfand, wurden die Feindseligkeiten zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen in Sao Paulo auf allen Fronten vorübergehend eingestellt. Die Bombenflugzeuge der Bundesregierung warfen statt Fliegerbomben Beileidskundgebungen ab.

König Olafs Lied

ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA.

(30. Fortsetzung.)

Zu seiner Bedienung hatte ihm Mifh Astor einen äußerst ansehnlichen Boy überlassen, der vor Berehrung für den „Master Dutchman“, den er hatte singen hören, triefte. Es war ein kleiner rothaariger Bursche, vielleicht 16 Jahre alt, aber ein freies, gewektes Kerlchen, ein Irländer.

Nun stehen die Irländer zwar nicht im Geruche besonderer Schlaueit, aber Heyden hatte in des Jungen Augen doch soviel Pfliffigkeit entdeckt, daß er beschloß, einen Versuch mit ihm zu machen.

Er klingelte. Im nächsten Augenblick stand John, so hieß der Boy, im Zimmer.

„Mister haben geklingelt?“ fragte der Junge demütig. „Jawohl, mein Sohn! Sieh' dich! Ich habe mit dir zu reden!“

John nahm gehorsam Platz.

„Wie alt bist du, John?“

„Sechzehn Jahre, Mister.“

Heyden sah den Jungen so wohlwollend an, daß er ganz rot vor Freude wurde.

„Du scheinst ein gewekter Junge zu sein! Leben deine Eltern auch in Newyork?“

„Nein, Mister. Die sind tot.“

„Hast du Geschwister?“

„Nein, Mister.“ sagte der Boy leise.

„Höre, John, willst du mir einen Gefallen tun?“

„Seden, Mister.“ sagte John begeistert.

„Also höre gut zu. Du weißt doch, daß unsere Propeller gelohlen worden sind?“

„Ja, Mister.“ Ein pfliffiger, verschmiltter Zug ging über Johns Jungengesicht. Heyden bemerkte es.

„Weißt du, wo sich die Propeller befinden?“

John sah ihn erschrocken an und schwieg.

„Höre, John! Du kannst dir zehntausend Dollar verdienen, wenn du die Propeller herbeischaffst.“

Die Summe schien dem Jungen den Atem zu nehmen.

„Ich weiß nicht, Mister! Ich weiß nicht, wo sie sind!“ Heyden nickte freundlich.

„Ich glaube dir, John. Aber ich kalkuliere, daß Mifh Astor ihre Hand im Spiele hat, und daß sich die Propeller hier befinden. Denkst du nicht auch, John?“

Der kleine Irländer sah zu Boden und schwieg.

„Nun, John, meinst du nicht auch?“

„Ja, Mister.“ sagte er dann zögernd. „Das kann wohl so sein.“ Heyden fuhr mit ruhiger Freundlichkeit fort:

„John, du bist doch ein fixer Junge, und der hat doch seine Augen überall. Denke einmal nach!“

John dachte nach.

„Gestern nacht.“ sagte er dann langsam und stockend, „ist der Williams, das ist der Regerschaffeur, mit dem Hausmeister fortgewesen. Sie sind erst gegen vier Uhr zurückgekommen und haben was mitgebracht.“

Heyden horchte gespannt auf.

„Was mitgebracht?“ Was denn, John?“

„Es war in Tücher eingewickelt und sehr schwer. Vier Mann haben es nicht in den Keller gebracht.“

„Wie sah es aus, John?“ Immer gespannter wurde Heydens Miene.

„Sehr lang und schmal, Mister.“

Heyden atmete tief auf.

„Siehst du, John, das waren die Propeller! Ein lustiger Scherz von Mifh Astor. Da lacht man ja nur drüber. Das nehme ich ihr nicht krumm. Aber ich muß fort. Wie kriege ich nur die Propeller heraus?“

Er sah John durchdringend an. Der Junge schwieg.

„Mifh Astor soll's nicht merken!“

Der Junge schwieg weiter.

„Höre, John!“ begann Heyden wieder. „Willst du mir helfen?“

„Ja, Mister!“ sagte der Junge begeistert. „Aber Sie müssen mich mit nach drüben nehmen.“

„Das geht nicht, John! Die Verantwortung für dein Leben kann ich nicht übernehmen.“

„Mister, ich bin ja ganz allein auf der Welt! Nehmen Sie mich mit nach drüben und ... lassen Sie mich Ihr Boy sein!“

Heyden sah den Jungen an und schüttelte abermals den Kopf.

„Ich ... kann viel, Mister!“ sagte John ganz aufgereg.

„Ich will Ihr Diener sein, ich will die Wege gehen und Ihren Garten umgraben. O, ich kann was, Mister!“

Heyden sah den kleinen Irländer prüfend an.

„Gut, du sollst mitkommen! Aber wie kriege ich die Propeller heraus.“

Da stetzte John wieder sein pfliffiges Jungengesicht auf.

„Da weiß ich schon Rat, Mister!“

„Sol' Dann erzähle, John!“

Der Junge begann: „Sie fahren doch mit Mifh Astor und Ihren Freunden heute zum Länderweikampf?“

„Ja.“

„Wenn Mifh Astor fort ist, dann ist das Haus leer, denn die Dienstboten gehen fast alle zum Wettkamp. Auch der Hausmeister. Ich weiß, wie ich die Propeller fortrbringe. Niemand wird's merken. Nur dem Wärter und dem Chauffeur Keller muß ich ein paar Dollar opfern. Wenn Sie mir hundert Dollar geben wollen, Mister?“

„Gern!“ Du willst also die Propeller mit Hilfe einiger Freunde nach dem Flugplatz bringen?“

„Das schaffe ich, Mister!“ sagte John bestimmt.

„Wann wirst du draußen sein?“

„Gegen halb vier Uhr, Mister.“

„Schön, mein Junge! Das andere erledige ich. Du wirst mich auf dem Flugplatz treffen!“

„Also war es abgemacht.“

Heyden keidete sich an. Er hatte sich etne Auswahl von Sportanzügen schicken lassen und fand bald einen passenden, der ihm wie angegossen sah.

Er war gerade mit dem Ankleiden fertig, als es klopfte und John wieder eintrat.

Das Bürschlein grinste über das ganze Gesicht.

„Es wird alles klappen, Mister!“ sagte er stolz. „Ich habe viele gewonnen, die mir helfen. Aber ... ich brauche noch hundert Dollar.“

Heyden gab ihm zweihundert.

John dankte und sagte: „Mifh Astor läßt Sie übrigens bitten, ihr ein paar Minuten Gehör zu schenken.“

„Mifh Astor?“ fragte Heyden verwundert. „O gern, John! Komm' führe mich zu ihr!“

Heyden sah Milly Astor gegenüber.

Sie trug ein weißes, duftiges Kleid in dem ihre Erscheinung sehr jugendlich wirkte.

„Ich bitte um Verzeihung, Mister Heyden, daß ich Sie störe.“ sagte die Amerikanerin verlegen. „Aber ich ... wollte mich gern einmal mit Ihnen aussprechen.“

Heyden konnte eine leichte Verwunderung nicht verbergen.

„Bitte, Mifh Astor! Ich stehe Ihnen zur Verfügung.“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Nachrichten

Nachlese zum Kagenellenbogen-Prozess.

Berlin. Gegen das am 19. März d. J. vom Landgericht I verkündete Urteil gegen die Schultheiß-Bahnhof-Direktoren Kagenellenbogen, Penzlin, Dr. Sobernheim, Kuhlman und Funke hatte die Staatsanwaltschaft zunächst Revision eingelegt, diese aber jetzt zurückgezogen. Dadurch ist der Freispruch Dr. Sobernheims, Kuhlman's und Funke's rechtskräftig geworden. Trotzdem wird sich mit diesem Prozess das Reichsgericht noch zu beschäftigen haben, da Ludwig Kagenellenbogen, der zu drei Monaten Gefängnis und 10.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, sowie Penzlin, der 10.000 Mark Geldstrafe erhalten hatte, ihrerseits Revision eingelegt haben.

Der „Reichsverband Deutscher Kriegssopfer e. V.“ gegründet. Bremen. In einer gemeinsamen Sitzung wurde der Zusammenschluß des Reichsverbandes und des Zentralverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerdinterbliebener beschlossen, nachdem noch in einzelnen Sitzungen die letzten Schwierigkeiten beseitigt und Abwärtensformalitäten rechtlicher Art erledigt waren. Der neue Verband erhält den Namen „Reichsverband Deutscher Kriegssopfer e. V.“

Brenn und v. Gramm kehrten von Paris nach Berlin zurück. Eine kleine Schar von Tennisenthusiasten und einige Vertreter von Rot-Weiß und des Bundes bereiteten den beiden Daviscupspielern einen herzlichen Empfang. Die Presse Frankreichs und Englands ist übrigens von den Deutschen begeistert.

In Los Angeles treffen täglich neue Scharen von Athleten, Journalisten, Photographen und Offiziellen ein. Die Fahnen von 31 Nationen wehen über dem Olympischen Dorf. — Die Deutschen trainieren eifrig. Reigner hat leider einen kleinen Unfall erlitten, er verstauchte sich eine Hand. In wenigen Tagen wird die Sache aber wieder in Ordnung sein.

Kleine Sensation im Caro-Petschel-Prozess

Zwei haben die 400.000-Mark-Quittung gesehen.

In dem Strafverfahren gegen den Geheimrat Caro, das seit einigen Wochen ein Berliner Gericht beschäftigt, gab es eine kleine Sensation. Es handelt sich in dem Prozess im wesentlichen um eine

Mittelt von 400.000 Mark,

die Geheimrat Caro seiner Tochter Vera gegeben haben soll, als sie den Millionärsjohn Dr. Ernst Petschel heiratete. Die Ehe ist inzwischen geschieden worden, und Petschel und sein Vater, der bekannte „Kohlenkönig“, behaupten, daß Caro die Mittelt nicht gegeben habe. Caro verweist demgegenüber auf eine von Petschel unterschriebene

Quittung über den Empfang von 400.000 Mark.

Diese Quittung ist aber nicht zu finden, und Geheimrat Caro erklärt, daß sie verlorengegangen sei. Die Gegenseite bezweifelt das, indem sie behauptet, daß eine solche Quittung nie vorhanden gewesen sei. Nun hat aber ein Zeuge, der sich freiwillig gemeldet hat, unter seinem Eide vor Gericht erklärt, daß er

mit eigenen Augen die Quittung gesehen

habe. Der Zeuge, ein Telegraphenleitungsaufsicht, ist wiederholt in der Wohnung Caros gewesen, um Störungen der Fernsprechanlage zu beseitigen. Bei einer solchen Gelegenheit habe er, wie er erklärt, auf dem Schreibtisch eine offene Mappe mit einem Schriftstück gesehen. Da ihm in dem Schriftstück die Zahl „400.000 Mark“ aufgefallen sei, habe er es genau durchgesehen und am Schluß der Quittung — um eine solche habe es sich gehandelt — die Unterschrift „Petschel“ gesehen. Der Zeuge blieb seit bei dieser Aussage, auch als ihm von dem

Vertreter des Nebenklägers Petschel verschiedene Vorhaltungen gemacht wurden.

Bald darauf sagte auch eine Leugner, die bei den Caro'schen Stichtischen seit vielen Jahren als Sekretärin tätig ist, mit großer Bestimmtheit aus, daß sie die 400.000-Mark-Quittung nicht nur gesehen, sondern auch in Händen gehabt habe, um zu prüfen, ob sie sich kopieren lasse.

Im Blutausfuch.

Dreifacher Mord und Selbstmord wegen ehelicher Zerwürfnisse.

In dem Dorfe Großellguth in Schlesien wurde in der Nacht die Feuerwehralarmiert. Es brannte bei dem Sattlermeister Wilhelm Lindner ein Schuppen nebst kleiner Stallung. Da von den Bewohnern des Hauses keiner zu sehen war, wurde die Wohnungstür gewaltsam geöffnet. Den Eintretenden bot sich ein furchtbarer Anblick.

In der einen Stube fand man die Ehefrau Johanna Lindner und ihre Tochter, Frau Alborn, in den Betten in ihrem Blute liegend tot vor. Im Nebenzimmer lag die 80 Jahre alte Pflegemutter des Lindner, Frau Pauline Lindner, im Bette mit gespaltenem Schädel ebenfalls tot. Die Suche nach Lindner selbst blieb zunächst erfolglos. Im oberen Stock quatschte es aus allen Zimmern, da die Wohnung an zehn bis fünfzehn Stellen gleichzeitig angezündet worden war; es gelang jedoch, den Brand bald zu löschen. Auf dem Boden fand man schließlich den Sattlermeister erhängt auf. In welcher furchtbaren Blutausfuch Lindner — denn er selbst hatte die Missetaten begangen — gehandelt haben muß, geht daraus hervor, daß der große Wolfshund erschlagen vor dem Bett der Frau liegend gefunden wurde. Weiter fand man einen Korb mit jungen Gänzen und einen weiteren Korb mit Kaninchen, die ebenfalls getötet waren. Bei dem Brande sind mehrere Schweine und Ziegen umgekommen.

Die Tochter, Frau Alborn, war seit Pfingsten mit einem Reichswehrsoldaten verheiratet und lebte in glücklicher Ehe. Sie befand sich bei ihren Eltern auf Besuch. Der Grund der Tat ist noch nicht einwandfrei geklärt. Man vermutet eheliche Zerwürfnisse.

Das leidige Geld.

Den Wert des Geldes lernt man nach einem alten Sprichwort erst schätzen, wenn man keines mehr hat. In dieser Lage ist heute der größte Teil des deutschen Volkes. Ob dabei dem einen nun einige Groschen fehlen, um sich Brot zu kaufen, dem anderen einige Mark für ein Werkzeug, oder schließlich einem Geschäftsmann ein paar hundert Mark, um seinen Betrieb vor dem Zusammenbruch zu retten, das bleibt für die Beteiligten ganz gleich. Für sie alle bedeutet es gleichermaßen größte Not und oft wirtschaftlichen Untergang, daß sie, obwohl sie ehrlich und kreditwürdig sind, gerade dann kleine Summen nicht bekommen können, wenn ihre Existenz davon abhängt. Auf der anderen Seite aber müssen sie voller Verbitterung sehen, daß der gleiche Staat, der ihnen die letzten Pfennige als Steuern aus der Tasche zieht, die Beamtengehälter und die Unterstützungen für Kriegssopfer und Arbeitslose immer wieder kürzt.

sofort Millionenbeträge

zur Verfügung stellen kann, wenn einer der großen Leute sich als zahlungsunfähig erklärt. Das Manfo

braucht also nur die nötige Zahl von Millionen zu vertragen, damit Vater Staat zu Hilfe kommt oder Banken und Großgläubiger sich zu Sanierungsverhandlungen mit dem Schuldner bereit finden. Es ist verständlich, wenn die Opfer eines solchen Systems an der Natur des Geldes irre werden.

wirtschaftlichen Wunderpredigern anheimfallen

und fordern, man möge nun einfach so viel Geld drucken oder irgendwie schaffen, daß auch sie Kredit, Arbeit oder Aufträge bekommen. Die Inflation hat uns jedoch alle erleben lassen, wie wenig Segen und wieviel Sorge aus solcher Geldfabrikation entstehen. Es gibt einen anderen Weg: das Geld und die Kredite müssen in die rechten Kanäle geleitet werden. Hätten sich die Regierungsstellen allzeit an den so gern zitierten Mittelfrandsparagrafen erinnert statt sozialistischen Lehren folgend eine Wirtschaftspolitik gegen den Mittelstand zu treiben, dann wären wir heute nicht in dieser Not. Zinszuschüsse und Sonderaktionen werden auf die Dauer dem Mittelstande auch keine Hilfe bringen.

Helfen kann auf die Dauer

nur eine gründliche Abkehr von dem bisherigen System, eine völlig andere Politik gegenüber dem Mittelstand. Das ist der Weg, den das Freiheitsprogramm der Deutschen Nationalen Volkspartei vorzeichnet. Notwendig ist vor allem eine Änderung der Kreditverteilung und des Bankwesens. Es müssen wieder leistungsfähige, vom Staate unabhängige und mit dem örtlichen Wirtschaftsleben vertraute Banken in den einzelnen Wirtschaftsbezirken geschaffen werden. Sie werden das Geld in die richtigen Kanäle leiten, statt es wie bisher nach Berlin abzuführen, und dem kreditbedürftigen Geschäftsmann bestenfalls einen Vortritt nach Berlin vorschlagen. Wenn die Kredite richtig geleitet werden, brauchen wir keine Geldfabrikation, dann genügen Bruchteile von den Summen, die heute zu Subventionen und Sanierungen verwendet werden, um die mittleren und kleinen Betriebe wieder in Gang zu bringen. Das sind Gedanken, von denen sich der Wähler leiten lassen muß, wenn er sich am 31. Juli entscheidet.

Landwirtschaftliches.

Wirksame Mittel zur Schädlingsbekämpfung. Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß die hellen und ausgebleichten Flecken auf den Rübenblättern durch den Fraß der Rübenfliegenlarve verursacht werden. Das Flugblatt Nr. 117 der Biologischen Reichsanstalt gibt genaue Anweisung über Lebensweise und Bekämpfung. Bei dieser Gelegenheit wird mitgeteilt, daß die reisenden Hasenröhren jetzt oft von den Larven der zweiten Generation der Frühliese beschädigt werden (Flugblatt Nr. 9). Auch der Apfelsauger beginnt bald mit der Etlage. Näheres über seine Bekämpfung enthält das Flugblatt Nr. 90. Im Wertblatt Nr. 5 ist der Koloradofäher farblich dargestellt und seine Lebensweise beschrieben. Wirksame Mittel zur Schädlingsbekämpfung kann man sich selbst herstellen. Genaue Vorschriften über die Zubereitung von Sprühbrühen gegen Krankheiten und Schädlinge im Obst- und Gartenbau findet man in den Flugblättern 46 und 74. Die vom Deutschen Pflanzenschutzdienst erprobten Präparate sind in den Wertblättern Nr. 7: Mittel für Saatgutbelugung und Nr. 8/9: Mittel gegen Pflanzenkrankheiten zusammengeheft.

8. November.

Letzte Sitzung des Gemeinnützigen Vereins mit Auflösungsbeschluss. WZ. 123.

15. November.

Erste Tagung des Völkerbundes in Genf, ohne Deutschland.

16. November.

Einführung der Musikinstrumentensteuer in Wilsdruff.

17. November.

In der achten Abendstunde hatten unbekannte Täter in Ranneshöhe ein Drahtseil auf der Herzogswalder Staatsstraße von Baum zu Baum quer gespannt. Zwei Radfahrer verunglückten schwer.

1921

6. Januar.

Das Hohnenjahrsfest wird künftig nur noch kirchlich gefeiert.

26. Januar.

Einholung der neuen Glocken in Kesselsdorf. Die D-Glocke kommt von Frankenberg, die A-Glocke von Betschdorf, nur die Fis-Glocke ist von Bierling-Dresden neugegossen. WZ. 24/27.

Sammlung für die notleidenden Kinder Deutschlands.

24. Februar.

Der auf diesen Tag fallende übliche Frühjahrsbuhtag wird von nun ab nur noch kirchlich begangen.

6. März.

Einen äußerst dreisten Raubüberfall leisteten sich vergangene Nacht zwei junge Burschen unserer Stadt, indem sie kurz vor Mitternacht den Kaufmann G. mit vorgehaltenen Revolvern zwangen, Brieftasche und goldene Uhr mit Kette abzugeben. WZ. 55.

12. März.

Brennspiritus wird bezugsmarktfrei.

Plan einer Umbezirkung des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff in die Amtshauptmannschaft Dresden-N., da der Bezirk wirtschaftlich, verkehrstechnisch und geographisch mit dem Dresdner Bezirk verknüpft sei.

1. April.

Auf Grund der ministeriellen Verordnung (Ver. V. 1921/38) beschließt man, künftig fünf Wandertage in der Volksschule auf jeder Klassenstufe stattdessen zu lassen.

(Fortsetzung folgt).

Chronik der Inflationszeit 1919—1923 auf heimatlichem Grunde

Bearbeitet von A. Kühne, Wilsdruff

Nr. 3 „Wilsdruffer Tageblatt“ 27. 7. 32.

16. März.

Gestern kam es in Dresden zu großen Schießereien und Kämpfen um das Telegraphenamt am Postplatz. Man hörte Gewehr- und Maschinengewehrfeuer sowie das Krachen von Handgranaten. Panzerautos rasten am Nachmittag durch die Straßen mit der Aufschrift: „Straße frei, es wird scharf geschossen!“ In den Abendstunden rückte ein Bataillon Reichswehr in voller Ausrüstung in Dresden ein und sperrte die Straßen um das Schloß und den Postplatz. Den Ausrückern im Telegraphenamt wurde ein Ultimatum gestellt und um 7 Uhr das Gebäude gestürmt. In wenigen Minuten war das Amt in den Händen der Truppen. Die Zahl der Opfer beträgt ungefähr zweihundert.

16. März.

Abstimmung in der zweiten Zone Schlesiens; Dreiviertel aller Stimmen für Deutschland.

17. März.

Verordnung des Ministeriums: Erziehungsberufte, die ihre Kinder nicht am Religionsunterricht teilnehmen lassen wollen, haben dies dem Schulleiter schriftlich zu erklären.

21. März.

Die Gemeinde Braunsdorf veranstaltet eine Kriegerheimkehrfeier mit Festzug unter Abholung der Kriegsgefangenen, Festtagung und Begrüßung, Festtafel und -ball. Eine eigene Festzeitung bringt Namen und Angaben über die Gefallenen und über die Kriegsgefangenen der Gemeinde, einen Festspruch und launige Bilder aus Braunsdorfs Kriegszeit.

6. April.

Einmarsch farbiger Franzosen in Frankfurt, Darmstadt und Hanau, da die Reichswehrstärke in diesem Gebiet zu groß gewesen sei, was eine

Ein neuer Rübenschwärmer. Wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilt, bedroht jetzt ein neuer Rübenschwärmer, die Rübenwanze, auch unseren heimischen Rübenbau. Die etwa drei Millimeter große grau und schwärzlich gezeichnete Wanze dringt besonders in Gegenden mit leichtem Boden, meist von Busch- und Wald- rändern aus, auf unsere Rübenfelder vor. Befallene Pflanzen zeigen auf der Blattunterseite Saugflecke, küm- mern und kränkeln, wenn sich nicht völlig eingehen, die Blätter, deren äußere vergilben und durch Neuwachs so lange ersetzt werden, bis der Rübenkopf kegelförmig her- vortritt und das Blattwerk einen wirren Schopf bildet. Bei hartem Befall können oft ganze Bestände vernichtet werden. Angesichts des von der Rübenblattwanze ver- ursachten Schadens ist es unbedingt notwendig, ihre Weiterverbreitung zu verhindern. Wer die Rübenwanze bemerkt, sende unverzüglich einige beschädigte Rüben zur kostenlosen Untersuchung an die Staatliche Hauptstelle für landwirtschaftlichen Pflanzenschutz, Dresden.

Kontrolle der Kartoffelfelder. Eine Kontrolle der Kartoffelfelder auf ihre Sortenechtheit und Reinheit ist dort besonders angezeigt, wo zum Schutze gegen den Kar- toffelkrebs Krebskeimlinge ausgelegt wurde. Die ge- eignete Zeit hierfür ist die Blütezeit der Kartoffeln, weil die meisten Sorten an der Farbe und Zeichnung ihrer Blüte gut erkennbar und unter Zuhilfenahme bestimmter Kraut- und Knollenmerkmale leicht voneinander zu unter- scheiden sind. Eine Zusammenstellung der Erkennungs- merkmale der in Sachsen zugelassenen Krebskeimlinge kann von der Hauptstelle für Pflanzenschutz, Dresden, be- zogen werden.

Vorsicht beim Obstreiten. Infolge des immer größer werdenden Kraftwagenverkehrs auf öffentlichen Straßen und Wegen haben sich die Unfälle dadurch gehäuft, daß auf Straßen stehende Leitern und Leiterstufen an- und umgefahren werden. Im Interesse des eigenen Unfall- schutzes wird empfohlen, die Solme der Obstleitern und deren Gegenfüßen in Höhe bis 1,50 Meter mit weißer Farbe zu streichen und über diesen Anstrich in Höhe von 30 bis 60 Zentimeter je ein rotes Feld anzubringen, wie dies bereits bei Eisenbahnstrahlen üblich ist. Auch dürfte das Hinfallen von kleinen Schranken mit einer Fahne auf der Pfänderseite vor und hinter dem Leiterbereich ebenfalls ein wirksamer Unfallschutz sein.

Tomatenzzeit.

Die Tomaten haben bald ihre große Zeit: jeder- mann weiß, daß die deutschen Tomaten — denn nur diese zehren uns an — in kurzem „groß in Form“ sein werden, was nicht nur von ihrer äußeren Gestalt gilt, sondern auch auf ihre große Bedeutung im Küchenprogramm unserer Hausfrauen Bezug hat. Dabei zu bemerken ist, daß die Tomate den Küchenzettel nicht erst im Juli zu beherrschen beginnt. Sie war, wie in jedem Jahre, auch im Juni und sogar noch früher schon „voll und ganz“ zur Stelle, und die ganz vornehmen Leute genießen Tomaten vielleicht schon zu einer Zeit, in der es sie offiziell noch gar nicht gibt. Das alles gilt aber nur für Treibhausmatten und für Tomaten, die aus anderen Ländern zu uns kommen. *U n s e r e* Tomaten zeigen sich in der ganzen Volkstreu und Prallheit ihres Seins und Wefens erst, wenn der Sommer seinen Höhepunkt erreicht. Dann liegen sie schön malerisch und wie zu einem Stillleben zwischen und neben den ver- schiedenen Obst- und Beerenarten, die der Sommer brinat.

und jeder betrachtet und beachtet sie, denn jedem, der auch nur ein wenig Kenner und Genießer ist, müssen sie auf- fallen in ihrer scharlach- oder orangeroten Pracht und Herrlichkeit.

Noch nicht allzu weit zurück liegt die Zeit, wo man die Tomate bei uns so gut wie gar nicht kannte. Nur in Delikatessläden war sie damals zu haben, und man sah sie sich an wie eine exotische Spielerei und nannte sie Liebes- und Goldapfel. Lange dauerte es, ehe sie sich durchsetzen konnte. Es mag ja wohl Leute geben, die die Tomate auch heute noch „nicht mögen“, aber diese Leute dürfen nicht mitgezählt werden, wenn von einer so delikaten, von einer so köstlichen Sache die Rede ist. Die Tomate ist einfach eines der dankbarsten unter den ehbaren Erzeugnissen der Natur, denn man kann sie schlecht hin zu allem und noch einigem verwenden. Wer will, ist sie roh, wie sie Gott geschaffen hat, wobei einige Salz, andere Pfeffer und noch andere Salz plus Pfeffer hinzutun. Zuviel von derlei oder anderen Gewürzen sollte man jedoch nicht auf die Tomate streuen, weil man sonst leicht ihren ganzen Geschmack und sich selbst den Ge- schmack an ihr verderben könnte. Will aber einer die Tomate nicht so verpeisen, wie er sie aus dem Marktford kriegt oder von seinem eigenen Balkonpalast pflückt, so kann er sich einen Salat daraus machen oder eine Zunte, und wer ganz raffiniert ist, füllt die Tomate mit diversen anderen genießbaren Dingen oder macht sich ein Tomaten- mark zurecht oder verzehrt die Tomate gekocht oder ge- schmort oder unternimmt sonst was Tippiges mit der viel- fach verwendbaren Frucht.

Das Mißtrauen, das früher vielfach gegen die Tomate herrschte, ist glücklicherweise völlig geschwunden, und der „Liebesapfel“ erfreut sich heute auch bei Nichtver- liebten einer großen und berechtigten Popularität. Die Kriegs- und Nachkriegszeit haben der Tomate den Weg geebnet, und jetzt ist sie so oben auf, daß man sich ein Leben ohne Tomaten kaum noch vorstellen könnte. In jüngster Zeit hat man sie hier und da ein wenig schlecht zu machen gesucht. Mediziner waren es, die ihr mancherlei nach- sagten: sie sollte, bei gewissen chronischen Leiden genossen, diese Leiden verstärken, und man empfahl für alle Fälle Vorsicht. Sofort aber kamen andere Mediziner, die alle Bedenken gegen die Tomate zerstreuten und in ebenso langen wie gelehrten wissenschaftlichen Abhandlungen ihre Unschädlichkeit und Harmlosigkeit nachwiesen. Soll die Wissenschaft sich mit der Wissenschaft herumstreiten — wir wollen uns dadurch in unserer Freude an der Tomate nicht beirren lassen und sie liebhaben wie vorher. Heil ihr und Heil uns, daß wir sie haben!

• Vermischtes •

Noch eine „wichtige“ Wahl am 31. Juli. Am 31. Juli d. J. findet, wie man weiß, die Reichstags- wahl statt. Am gleichen Tage wollen in Spa oder in Ostende Vertreter von 27 europäischen, amerikanischen, asiatischen und afrikanischen Nationen zusammentreten, um eine „Miß Universum“, das heißt: die Schönheits- lögnin der Welt, zu küren. Das ist eine Wahl, die uns unbedingt noch gefällt hat. Belgien wurde deshalb als Schauplatz des großen Unternehmens gewählt, weil die vorjährige „Miß Universum“ eine Belgierin war. Netta Duchateau heißt sie. Man muß das für künftige Zeiten wissen, denn man wird es vielleicht einmal in der Ge-

sellschaftslehre lernen müssen. Unter den 27 Schönheiten, die in die engere Wahl kommen, befinden sich 15 Euro- päerinnen; sieben kommen aus Nord- und Südamerika, fünf aus Asien und Afrika. Australien macht, wie es scheint, nicht mit, was durchaus für die Australier spricht. Sowjetrußland und Japan haben, so wenig sie sonst einig sind, die Beteiligung schroff abgelehnt. Japan mit der ausdrücklichen Begründung, daß solche Wettbewerbe den mehr oder minder jungen Damen nur Nartheit und Dünkel in den Kopf setzen. Auch die Vereinigten Staaten wollten nicht, aber mit ihnen machte man kurzen Prozeß, indem nämlich die in Paris sitzenden Generaldirektoren der Universumwahl eine Pariser Amerikanerin zur Ver- treterin Amerikas ernannten. Bisher war eine „Miß Universum“ mit 100 000 Franc (16 000 Mark) bezahlt worden; das war der Schönheitspreis. Diesmal hat man beschlossen, statt des Bargeldes, das vielleicht eines Tages im Laufe sinken könnte, ein Schmuckstück im Werte von 100 000 Franc zu schenken. Hoffen wir, daß deutsche Frauen diesem Unfug fern bleiben!

Sprechen wir lateinisch! Man kann das wohl ruhig sagen, ohne sich eine Rüge zuzuziehen: im Völkerbund und auf internationalen Kongressen und Konferenzen sitzen Dutzende von Herren und Damen, die dauernd aneinander vorbeireden und von dem, was der Herr Nachbar sagt, kein Wort verstehen. Das ist nicht im geringsten politisch gemeint, sondern rein sachlich, was bedeuten soll, daß auf internationalen Versammlungen eine Sprachenverwirrung herrscht wie einst beim Turm- bau von Babel. Es gibt zwar ein paar Sprachen, die sehr verbreitet sind und als offizielle Verhandlungs- sprachen gelten, französisch, englisch, deutsch, italienisch, spanisch, aber das ist auch alles. Wenn einer polnisch oder finnisch spricht, verstehen ihn schon die wenigsten, und nun stelle man sich vor, daß einer gar ansinge, mitten unter all dem fremden Volke abeffinisch oder hameisch zu reden! Was ist also zu tun? Eine allgemeinver- ständliche Weltsprache ist zu schaffen! sagen die Gelehrten. Worauf man ihnen erwidert: „Sogenannte Weltsprachen“ haben wir gerade genug — 42 oder so! Aber haben Sie schon jemals jemand im Völkerbund Esperanto oder Volapük oder Ido reden hören? Soll er mal ruhig reden — verstehen würde ihn kein Mensch oder allen- falls einige von denen, welche eine solche Weltsprache als Sport oder Nebenbeschäftigung betreiben! Aber nun kommt das Heil und die Rettung! Direkt aus München kommen sie, aus einer Stadt, von der man so was am wenigsten erwartet hätte. In München gibt es eine „societas latina“, was auf deutsch „lateinische Gesellschaft“ oder „Lateinergesellschaft“ heißt. Diese „societas latina“ stellt fest, daß bis zur Reformation das Latein eine wirkliche Weltsprache gewesen sei, und daß man nicht einsehen, weshalb es das nicht wieder werden sollte. Man brauche nur in allen Schulen der Welt fleißiger Latein zu lehren und zu lernen, aber nicht etwa bloß so, daß man den ollen ehrlichen Cicero durchschmökern könne, sondern so, daß man später zu jeder Zeit über Dienstmädchen, Umsahsteuer, Vabereisen fliegend latei- nisch zu reden imstande wäre. Über einige neue Worte nur müßte man sich einigen, über solche, die es zur Zeit der alten Römer noch nicht gegeben hat. Wie heißt zum Beispiel Zeppelein auf lateinisch? Oder Zigarten- banderole? Oder Devisenabhandlungsfelle? Oder By- jama? Aber darüber könnte ja schließlich der Völker- bund berater und bestimmen! Also sprechen wir mal rubia lateinisch!

Verletzung des Versailler Vertrags und eine Bedrohung Frankreichs dar- stelle. (Die Reichswehr wurde notwendig durch die Streikunruhen des Ruhrreviers.)

10. April.

Schreckensherrschaft des Kommunisten Hölz im Vogtlande (Falken- stein): Plünderung, Erpressung, Raub und Brand. Hölz forderte eine Million Mark für seine Rotgardisten und machte sich mit mehreren Mil- lionen geraubter Gelder auf die Flucht.

13. April.

Öffentlicher Elternabend im „Löwen“, in dem Lehrer Schneider über den Religionsunterricht nach den gesetzlichen Bestimmungen spricht.

15. April.

Bildung einer Ortsgruppe der Klein- und Mittelrentner Wilsdruff und Umgebung. Wegfall der Osterprüfungen.

19. April.

Bildung der Gemeinde Scharfenberg aus den Gemeinden Bergwerk, Gruben, Reppina, Reppnitz, Regenau und Rittergut Scharfenberg mit Wortwerk.

4. Mai.

Elternabend im „Löwen“ mit Vortrag von Oberlehrer Kühne: Wesen, Aufgabe und Zusammensetzung eines Elternrates. Wahl des ersten Eltern- rates an der Volksschule Wilsdruff.

7. Mai.

Beginn der Mädchenfortbildungsschule Wilsdruff mit dem ersten Jahr- gang.

10. Mai.

Beginn des Turnunterrichtes in der Knabenfortbildungsschule.

17. Mai.

Bekanntmachung des Gesamtministeriums: Die Bezeichnung „König- lich“ und ihre Abkürzungen sind aus den Anschriften an behördlichen Ge- bäuden und Diensträumen zu entfernen, soweit nicht dabei künstlerische Werte zerstört werden oder unverhältnismäßig hohe Kosten verursacht werden.

21. Mai.

Einheitliches Beamtensoldengesetz. Durch den Fchiverein erhalten vierzig Kinder sechs Wochen lang täglich einen halben Liter Milch in der Schule.

5./16. Juli.

Konferenz in Spa. Zum ersten Male ist ein deutscher Vertreter wieder zugelassen.

1. August.

Die Zwangswirtschaft für Margarine, Kunstseife, Speisefalg und Speisefel wird aufgehoben, doch unterliegt die Butter noch weiterhin der Zwangsbewirtschaftung. Auch Pflaumenmus darf seit 26. v. M. wieder hergestellt werden.

11. August.

Gründungsversammlung einer Ortsgruppe der Reichsvereinigung ehe- maliger Kriegsgefangener. BL. 185.

20. August.

Infolge geringerer Teilnehmerzahl und wegen übermäßiger Steige- rung des städtischen Zuschusses wird die Volkstüche (seit 26. 6. 1916) ge- schlossen. Sie hat dazu beigetragen, das Ernährungsleiden des Krieges zu mildern. BL. 186.

4. September.

Beide der beiden größten Stöden Grumbachs, deren Vorgängerinnen im Ariege zerstört worden waren. Gegoßen von Franz Schilling Söhne in Apolda, 27 und 14 Zentner schwer. Zu den Kosten hat die Gemeinde fast 40 000 Mark freiwillige Gaben aufgebracht. BL. 205.

10. September.

Ende der Zwangsbewirtschaftung mit Kartoffeln. Erzeugerpreis 25 M. für den Zentner. Preise: ein Pfund Äpfel 0,70; Quark 1,80; Käse 5,— Mark.

21. September.

Der Völkerbund hat Eupen-Malmédy an Belgien vergeben.

30. September.

Das Reichsschwimmbad in Kiel, ein Wahrzeichen Kiels, ist am Mon- tag von sechs englischen Schleppern nach England abtransportiert worden. Das neben ihr liegende Schwimmbad der Germania-Werft wird von den Franzosen abgeholt werden.

1. Oktober.

Auf Wunsch der Volkstammer werden die Gehälter der Volks- und Fortbildungsschullehrer vom Staate übernommen. Auszahlung unter Mit- wirkung von Gehaltsrechnern durch die Strolaffen.

Errichtung des Finanzamtes Roffen, da die Bezirkssteuereinnahme Reichen wegfällt. Aufhebung der Zwangswirtschaft für Schlachtvieh.

12. Oktober.

Erstmalige Zuführung des elektrischen Stromes von Deuben. BL. 238.

